

Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Siebte Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) an der Universität Leipzig

Vom 10. Januar 2024

Aufgrund des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHSG) vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 8 Absatz 9 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467), hat die Universität Leipzig am 14. September 2023 folgende Siebte Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) an der Universität Leipzig erlassen.

Artikel 1

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) an der Universität Leipzig vom 7. Oktober 2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 57, S. 29 bis 54), zuletzt geändert durch die Sechste Änderungssatzung vom 25. November 2022 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 24, S. 119 bis 124), wird wie folgt geändert:

1. Das **Inhaltsverzeichnis** wird wie folgt neu gefasst:

„Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck der Masterprüfung
- § 2 Regelstudienzeit
- § 3 Prüfungsaufbau
- § 4 Fristen
- § 5 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 6 Prüfungsvorleistungen
- § 7 Prüfungsleistungen
- § 7 a Nachteilsausgleich
- § 8 Mündliche Prüfungsleistungen
- § 9 Klausurarbeiten
- § 10 Projektarbeiten
- § 10 a Elektronische Prüfungsleistungen
- § 11 Weitere Prüfungsleistungen
- § 12 Bewertung von Prüfungsleistungen, Bildung und Wichtung von Noten
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 14 Bestehen und Nichtbestehen
- § 15 Wiederholung der Modulprüfungen
- § 16 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 17 Prüfungsausschuss
- § 18 Prüfer/innen und Beisitzer/innen
- § 19 Masterarbeit
- § 20 Zeugnis und Masterurkunde
- § 21 Ungültigkeit der Masterprüfung
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Zuständigkeiten des Prüfungsausschusses
- § 24 Widerspruchsrecht

II. Spezifische Bestimmungen

- § 25 Studiumumfang
- § 26 Gegenstand, Art und Umfang der Masterprüfung
- § 27 Mastergrad
- § 28 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Anlage
Prüfungstabelle“

2. Zu § 4

§ 4 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann einmal innerhalb eines Jahres nach Abschluss des ersten Prüfungsversuches wiederholt werden. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe des Ergebnisses. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Wiederholungsversuch als nicht bestanden. Die erste Wiederholungsprüfung kann im darauffolgenden Semester stattfinden. Zu den Wiederholungsprüfungen muss eine erneute und fristgemäße Anmeldung auf elektronischem Weg erfolgen. Die Anmeldefrist beginnt 12 Wochen vor Ende der Vorlesungszeit und endet 8 Wochen vor Ende der Vorlesungszeit. Eine zweite Wiederholungsprüfung kann nur zum nächstmöglichen Prüfungstermin durchgeführt werden.“

3. Zu § 7

a) § 7 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

„Eine Prüfungsleistung nach dem Antwort-Wahl-Verfahren ist bestanden, wenn der/die Prüfungskandidat/in mindestens 60 Prozent der möglichen Punktzahl erreicht hat. Dies gilt ebenso, wenn die Zahl der von dem/der Prüfungskandidat/in erreichten Punkte um nicht mehr als 10 Prozent die durchschnittlichen Leistungen der Prüfungskandidat/innen unterschreitet. Kommt diese Gleitklausel zur Anwendung, so müssen für das Bestehen der Prüfung mindestens 50 Prozent der maximal erreichbaren Punkte erzielt sein.“

b) § 7 Abs. 8 wird ersatzlos gestrichen.

4. § 7a wird nach § 7 wie folgt neu eingefügt:

„§ 7 a Nachteilsausgleich

(1) Macht der/die Prüfungskandidat/in glaubhaft, dass er/ sie

1. wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit, die den Nachweis der zu prüfenden Leistungsfähigkeit erschwert, oder
2. während der Schwangerschaft, nach der Entbindung oder in der Stillzeit

nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Bearbeitungszeit oder unter Einhaltung sonstiger Prüfungsmodalitäten abzulegen, so gewährt ihm/ihr der Prüfungsausschuss auf seinen/ihren Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Zum Nachweis kann die Vorlage eines ärztlichen und in zu begründeten Zweifelsfällen eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. In Fällen von Nr. 2 kann die Glaubhaftmachung durch die Bescheinigung einer Hebamme oder eines Entbindungspflegers erfolgen.

- (2) Der Antrag auf Nachteilsausgleich soll spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin/dem Beginn der Bearbeitungszeit schriftlich an den Prüfungsausschuss gestellt werden.
- (3) Die Entscheidung des Prüfungsausschusses ist dem/der Prüfungskandidaten/in unverzüglich, in der Regel spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin/dem Bearbeitungsbeginn bekanntzugeben.
- (4) Entsprechendes gilt für Studienleistungen .“

5. Zu § 10 a

§ 10 a Abs. 11 wird wie folgt neu gefasst:

„Eine Prüfungsleistung nach dem Antwort-Wahl-Verfahren ist bestanden, wenn der/die Prüfungskandidat/in mindestens 60 Prozent der möglichen Punktzahl erreicht hat. Dies gilt ebenso, wenn die Zahl der von dem/der Prüfungskandidat/in erreichten Punkte um nicht mehr als 10 Prozent die durchschnittlichen Leistungen der Prüfungskandidat/innen unterschreitet. Kommt diese Gleitklausel zur Anwendung, so müssen für

das Bestehen der Prüfung mindestens 50 Prozent der maximal erreichbaren Punkte erzielt sein.“

6. Zu § 13

§ 13 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Versucht der/die Prüfungskandidat/in, das Ergebnis seiner/ihrer Prüfungsleistungen durch Täuschung, durch Verwendung von Quellen ohne Nennung, durch Zitate ohne Kennzeichnung oder durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Im Falle einer nicht benoteten Prüfungsleistung wird diese mit „nicht bestanden“ bewertet. Ein/e Prüfungskandidat/in, der/die den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann von dem/der jeweiligen Prüfer/in oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Im Falle einer nicht benoteten Prüfungsleistung wird diese mit „nicht bestanden“ bewertet.

Die Hinweise zur Zulassung von Hilfsmitteln, insbesondere zur Verwendbarkeit elektronischer Hilfsmittel oder künstlicher Intelligenzen werden vor der Prüfung bekanntgegeben. Die Abgabe einer Versicherung zum selbständigen Verfassen einer Prüfungsleistung kann verlangt werden.“

7. Zu § 17

a) § 17 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Prüfungsausschuss kann seine Sitzungen über Video- oder Telefonkonferenz über die Übertragungssysteme, die von der Universität Leipzig zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden, durchführen.“

b) § 17 Abs. 7 wird wie folgt neu gefasst:

„Mit Ausnahme von Widerspruchsverfahren können Beschlüsse des Prüfungsausschusses im Umlaufverfahren (schriftliches Verfahren,

welches die einfache elektronische Übermittlung schriftlicher Erklärungen unter Wahrung des Datenschutzes einschließt) gefasst werden, soweit alle Mitglieder dem Umlaufverfahren zustimmen. Beschlüsse im Umlaufverfahren werden mit der Mehrheit der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Der/Die Vorsitzende informiert die Mitglieder des Prüfungsausschusses unverzüglich über das Ergebnis der Beschlussfassung. In der darauffolgenden Sitzung des Prüfungsausschusses wird der Beschluss im Protokoll der Sitzung vermerkt.“

- c) Der bisherige Absatz 6 wird zu Absatz 8. Der bisherige Absatz 7 wird zu Absatz 9.

8. Zu § 18

§ 18 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Für die Prüfer/innen und Beisitzer/innen gilt § 17 Abs. 9 entsprechend.“

9. Zu § 19

- a) § 19 Abs. 7 wird wie folgt neu gefasst:

„Die wissenschaftliche Masterarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache elektronisch über das Campus Managementsystem in einem vorgegebenen Dateiformat einzureichen.“

- b) § 19 Abs. 10 wird wie folgt neu gefasst:

„Wenn die Bewertung der Masterarbeit schlechter als „ausreichend“ (4,0) ist, kann sie innerhalb eines Jahres mit einem neuen Thema einmal wiederholt werden. Das neue Thema muss sich inhaltlich wesentlich vom Thema der nicht bestandenen Masterarbeit unterscheiden. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe des Ergebnisses. Nach Ablauf dieser Frist gilt der Wiederholungsversuch als nicht bestanden. Eine zweite Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich. Eine Rückgabe des

Themas der Masterarbeit in der in Absatz 4 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn der/die Prüfungskandidat/in zuvor von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.“

10. Zu § 20

§ 20 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Werden zusätzliche Module belegt und abgeschlossen, deren Note nicht in die Masterprüfung einfließt, werden diese als „unbenotete“ Leistung separat auf dem Zeugnis ausgewiesen. Die Regelungen von Modulen in den Prüfungsordnungen anderer Studiengänge finden insoweit keine Anwendung.“

11. Zu § 23

§ 23 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 23 Zuständigkeiten des Prüfungsausschusses

Der Prüfungsausschuss ist für alle nach dieser Ordnung zu erfüllenden Aufgaben zuständig, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Er ist insbesondere zuständig für Entscheidungen

1. über die Ablehnung der Zulassung zu den Modulprüfungen und zur Masterarbeit (§ 5),
2. über die Gewährung von Nachteilsausgleichen (§ 7 a),
3. über die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften (§ 13),
4. über das Bestehen und Nichtbestehen (§ 14),
5. über die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen einschließlich der Begründung einer Nichtanrechnung (§ 16),
6. über die Bestellung der Prüfer/innen und Beisitzer/innen (§ 18) und die Berechtigung zur Ausgabe der Masterarbeit (§ 19),
7. über die Ungültigkeit der Masterprüfung (§ 21) und
8. über Widersprüche im Prüfungsverfahren (§ 24).“

12. Zu § 26

§ 26 Abs. 2 d) wird wie folgt geändert:

„30 Leistungspunkte entfallen auf bisher nicht gewählte Module des Masterstudienganges Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems), Module der Masterstudiengänge Volkswirtschaftslehre (Economics), Betriebswirtschaftslehre (Management Science), Wirtschaftspädagogik (Business Education and Management Training), auf Module anderer Fakultäten bzw. anderer Hochschulen gemäß Kooperationsvereinbarung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik oder auf das Angebot originärer Mastermodule weiterer gebührenfreier Masterstudiengänge (Module auf Masterniveau) der Universität Leipzig.

Es wird insbesondere empfohlen, Module der Masterstudiengänge Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems), Betriebswirtschaftslehre (Management Science), Volkswirtschaftslehre (Economics), Wirtschaftspädagogik (Business Education and Management Training) und der Masterstudiengänge Soziologie und Informatik zu belegen

Regelungen zu den Prüfungen der Module der gebührenfreien Masterstudiengänge der Universität Leipzig, die nach diesem Absatz frei wählbar sind, finden sich in den Prüfungsordnungen dieser Studiengänge.“

Artikel 2

1. Diese Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) an der Universität Leipzig tritt am 1. Oktober 2023 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Sie gilt für alle in den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) immatrikulierten Studierenden.
2. Diese Änderungssatzung wurde vom Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 24. Mai 2023 beschlossen. Sie wurde am 14. September 2023 durch das Rektorat genehmigt.

3. Soweit Studierende vor dem Inkrafttreten dieser Änderungssatzung eine von ihr betroffene Modulprüfung nicht bestanden haben, ist die Modulprüfung nach den Regelungen der Prüfungsordnung in der bei Anmeldung zur Modulprüfung gültigen Fassung zu wiederholen.
4. In nachfolgende Veröffentlichungen der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftsinformatik (Business Information Systems) an der Universität Leipzig werden die Änderungen dieser Satzung eingefügt.

Leipzig, den 10. Januar 2024

Professor Dr. Eva Inés Obergfell
Rektorin